

## FRAGESTUNDE

Beginn: 12.58 Uhr  
Ende: 14.00 Uhr

### **1) Verkehrs- und Lärmbelastigung in der Radegunder Straße/Graz-Andritz**

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Das Verkehrsaufkommen in der Stadt Graz ist ständig im Steigen und die damit verbundene Lärm- und Staubbelastigung plagt die Grazer Bürger mit Sicherheit in allen Stadtbezirken.

Im konkreten Fall der Radegunder Straße gibt es jedoch bereits seit 2001 Bemühungen seitens der betroffenen Anrainer, einige Verbesserungen zu erzielen. Leider bis heute ergebnislos. Die Situation für die Bewohner der Radegunder Straße im Bereich zwischen Popelka-Ring und Rotmoosweg/Sparmarkt ist auf Dauer unerträglich.

Die Straße ist in diesem Bereich in einem sehr schlechten Zustand und das Hauptproblem stellen dort die schweren Lkw mit Anhänger dar.

Neben der normalen erhöhten Verkehrslärmbelastigung kommen hier noch die Schwingungen in den Wohnhäusern durch die Schwerfahrzeuge dazu. Leere Anhänger erzeugen zusätzlich äußerst unangenehmen Lärm.

Die gesamte Problematik wurde bereits von den betroffenen Anrainern ausführlich dokumentiert und auch an Sie herangetragen.

254 Unterschriften sowie eine Petition wurden bereits im Jahr 2003 an Frau Landeshauptmann Klasnic übergeben, da es sich hier auch um eine Landesstraße handelt. Anfang 2004 kam es zu einem Gespräch mit Vertretern der Anrainer und mit Frau Landeshauptmann Klasnic, wo ganz konkret ein Verbot für Lkw-Anhänger, eine Gewichtsbeschränkung auf 20 Tonnen und eine 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung sowie die Sanierung der Radegunder Straße in diesem betroffenen Bereich gefordert wurde.

Weiters kam es auch zu einem Gespräch mit Ihnen, Herr Stadtrat Rüschi, in welchem weitere Gesprächsrunden in Zusammenarbeit mit dem Andritzer Bezirksvorstand zugesagt wurden.

Vom Umweltamt wurde für das Frühjahr 2005 eine Lärmmessung angekündigt, wobei die Bewohner sehr genau wissen, wie viel Lärm sie dort vertragen oder nicht. Die Anrainer haben bis heute jedoch noch immer keine Informationen erhalten, wie ihr Problem in nächster und in ferner Zukunft gelöst werden soll. Als erster Schritt wäre für sie eine verstärkte Maßnahme zur Verkehrsüberwachung und hier die Anbringung von fixen Radarstationen sehr wünschenswert.

Daher meine

### **F r a g e**

an Sie, Herr Stadtrat:

Was wurde in der Problematik „Lärmbelästigung in der Radegunder Straße“ bisher von Seiten der Stadt unternommen und bis wann können die Anrainer mit ersten konkreten Maßnahmen rechnen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Frau Gemeinderätin, die Fragen wurden bereits im Jahr 2004 ebenfalls in der Fragestunde gestellt und ich habe auch damals eine Antwort gegeben. Ich darf vielleicht die wichtigsten Informationen zu dieser Antwort vom Jahr 2004 wiederholen. Und zwar ist zunächst zu betonen, dass die Radegunder Straße eine Landesstraße ist, das heißt, alles was bauliche Maßnahmen betrifft, Sanierung, Ausbau, Umbau ist Sache des Landes. Das ist auch dokumentiert worden, das Land weiß selbstverständlich auch, dass die Radegunder Straße eine Landesstraße ist und wir haben im Zusammenhang damit in den anschließenden Diskussionen darauf auch eigens beim Land nochmals aufmerksam gemacht. Weiters ist einfach zu erwähnen, dass die Radegunder Straße eine sehr wichtige Ein- und Ausfahrtsstraße in Graz ist und wenn dort Verkehrsbeschränkungen erstellt werden und verfügt

werden, dann ist zu fürchten, dass der Verkehr durch die Mariatroster Straße – Heinrichstraße – Geidorfplatz – Bergmannstraße und Grabenstraße, also mehr oder weniger mitten durch die Stadt führt. Wir haben es in diesem Fall mit einem typischen Problem zu tun, das immer wieder an uns und auch an mich herangetragen wird, aber bei dem es außer einer Maßnahme, die auch eingeleitet wurde, es wahrscheinlich, das muss man auch den Leuten offen sagen, keine andere Variante gibt. Wo wir sicherlich eingreifen können und das tun wir, das ist, dass wir auf all diesen Straßen, es gibt sehr, sehr viele andere auch, uns sehr bemühen werden, dass die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten eingehalten werden. Sie wissen, dass wir in Abstimmung mit der Polizei die Geschwindigkeitsüberwachung durch ein privates Unternehmen unterstützen wollen, die Ausschreibung läuft, sie stockt im Moment leider, weil es schon vor der Angebotseröffnung Einsprüche gegeben hat, sodass dieses Verfahren im Moment stockt, das ist aber tatsächlich eine Frage der Zeit, diese intensive Überwachung wird kommen. Wir werden selbstverständlich, das ist vielleicht der einzige Punkt, wo wir etwas säumig sind, mit Frau Dr. Ramschak-Schwarzer und ihren Kolleginnen und Kollegen, einen weiteren Termin machen, aber ich sage es hier ganz offen, es ist nicht möglich, so lange eine Gesellschaft so auf das Auto ausgerichtet ist, in einer wichtigen Einfahrtsstraße von Graz, in der Radegunder Straße, etwa Tempo 30 zu verfügen. Ich wiederhole, wenn ein Lkw-Verbot verfügt wird oder ein Anhänger-Verbot, dann weichen die Lkw und Anhänger aus und fahren über andere Einfahrtsstraßen nach Graz herein. Selbstverständlich gilt aber, und das gilt auch für die Radegunder Straße, auch das wird intensiver zu überwachen sein, das Nachfahrverbot für Schwertransporte, das gilt selbstverständlich auch für die Radegunder Straße. Also ich verstehe durchaus den Unmut, den es dort gibt, ich glaube, es ist auch an der Zeit, den Leuten einfach auch offen und klar zu sagen, was können wir tun und was können wir nicht tun. Wir werden das jedenfalls demnächst in einem weiteren Termin mit den genannten Personen tun. Ich möchte nur das eine noch erwähnen, es hat selbstverständlich während des letzten Jahres sehr, sehr viele Kontakte mit meinem Büro und der Bürgerinitiative von da draußen gegeben, auch mit dem Bezirk, also es war nicht so, dass wir uns dort nicht gerührt haben. Das ist die Situation, so werden wir eben auch weiter verfahren, wir werden das im nächsten Termin den Leuten mitteilen.

GRin. **Bergmann**: Darf ich kurz noch etwas dazusagen. Es ist mir schon klar, dass wir den Verkehr nicht wegzaubern können, aber was mir besonders wichtig ist, dass man den Leuten nicht irgendwelche Hoffnungen macht und immer wieder Termine hinauszögert, sondern, dass man auch in der einen oder anderen Sache Klartext reden muss (*Applaus KPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr.Rüsch übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.***

## **2) Frauenbeauftragte**

GRin. **Rücker** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Tatjana! Als Frauenstadträtin bist du ja die Repräsentantin der Stadtregierung, die politisch dafür verantwortlich ist, dass die Interessen der Grazer Bürgerinnen besonders in den Mittelpunkt gestellt werden. Du wirst mir ja zustimmen und da treffen wir uns ja auch, dass feministische Frauenpolitik eine gesellschaftspolitische Aufgabe ist, die zum Ziel hat, dass Frauen ein selbstbestimmtes und ihren Bedürfnissen entsprechendes Leben führen können. Feministische Politik macht die Unterschiede zwischen Männern und Frauen zum Thema und versucht und strebt an eine gerechtere Verteilung von Chancen, Arbeit, Einkommen. Demgegenüber erleben wir täglich deutliche Rückschritte in der österreichischen Frauenpolitik. Wir erleben eine Beschränkung auf familienpolitische Maßnahmen, die teuer wie kaum wo in Europa sind, aber wenig wirkungsvoll sind im Sinne von mehr Geschlechtergerechtigkeit. Ich möchte nur auf die neuesten Daten zum Thema Karenzurlaub von Männern hinweisen, der entgegen einer Aussendung des Landes Steiermark in ganz Österreich rückläufig ist. Wir erleben gleichzeitig in Hochglanzbroschüren und auf gestylten Veranstaltungen die smarte Powerfrau, wie sie präsentiert wird, die es schafft, wenn sie sich nur genügend anstrengt, ganz im Sinne der neoliberalen Idee, die Starken zu stärken und die Schwachen zu

vergessen. Passend dazu erleben wir die Rückkehr offener Diskriminierung in Form von Sexismus, Entwertung und die zunehmende Belustigung über feministische Anliegen. Und die Daten demgegenüber sprechen für sich. Die Lohnunterschiede, ich zitiere kurz aus der letzten Einkommensstatistik des Landes Steiermark 2002, sind so, dass die Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, dass dieser Unterschied noch steigt. Der war bei 56,5 % natürlich nicht bereinigt um die Teilzeitquoten etc. aber das ist ja genau die Situation, dass das, was übrig bleibt, einer Frau als Einkommen auf Grund ihrer Lebenssituation, auf Grund ihrer Chancen am Arbeitsmarkt, auf Grund ihrer Zugänge zu nicht hoch qualifizierten Jobs, eben einfach als Einkommenssituation um 56,5 % am Ende weniger darstellt. Wir erleben Gewalt, wir erleben weiter steigende Armutsrisiken, du selbst Tatjana hast ja auch darauf hingewiesen, dass wir in der Stadt Graz auf Grund des Armutsberichtes 17.712 Frauen haben, die stark von Armut betroffen sind. Der Sozialbericht des Bundes deutet auch in diese Richtung, dass Frauen nach wie vor die besonders betroffene Gruppe sind. Wir reden von alten Frauen, wir reden von allein erziehenden Frauen, ich brauche das hier nicht weiter ausführen, denn ich gehe davon aus, dass hier die Informationen bekannt sind. Eine Verbesserung dieser Situation ist aber auf Grund der aktuellen frauenpolitischen Anstrengungen auf Bundesebene nicht in Sicht. Die Bestrebungen gehen eher in die individuelle Zumutung an Frauen, ihr Leben so gut wie möglich zu meistern und dem Markt zu vertrauen. Diese Situation erfordert aber jetzt eine besondere Sensibilität in Bezug auf jene Signale und Haltungen und Handlungen, die politisch gesetzt werden. Auch die Bemühungen im Bereich des Gendermainstreaming wo Graz ja eine Vorreiter-Rolle einnimmt, laufen sie immer wieder Gefahr, dazu missbraucht zu werden, um der Geschlechterfrage, die eine der grundlegenden Verteilungsfragen unserer Gesellschaft ist, in einer sehr sanften Form den Stachel zu nehmen. Als feministische Politikerin ist mir das zu wenig, sich nur auf diesen Ansatz zu verlassen und ich denke, da treffen wir uns. Du wirst mir beipflichten, dass es zur Umsetzung einer wirkungsvollen Frauenpolitik wesentlich ist, auch abseits der Parteipolitik entsprechende Strukturen zu fördern und abzusichern. Nun gibt es in Graz seit bald 20 Jahren, nächstes Jahr sind 20 Jahre zu feiern, eine unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz. Diese in dieser Form, also als unabhängige, weisungsungebundene Einrichtung, ist immer noch in Österreich einzigartig. Es gibt zwar inzwischen viele Frauenbeauftragte, aber diese Form ist immer noch in Graz als

einziges etabliert. Es ist eine große Errungenschaft und ist das Ergebnis von gelungenen Kooperationen und einer starken Frauenvernetzung, wofür Graz einen guten Boden hat. Du hast in deiner Funktion als Frauenstadträtin auch wesentlich dazu beigetragen, dass dieser Boden gut aufbereitet werden konnte. Die Rolle einer unabhängigen Frauenbeauftragten im Sinne einer feministischen Netzwerk- und Bündnispolitik als Schnittstelle zwischen Bürgerin, Verwaltung und Politik ist eine unverzichtbare Funktion, wenn Frauenpolitik nicht nur Parteipolitik sein soll und auch nicht davon abhängig ist, welches Ressort von welcher Partei besetzt ist. Neben einer Frauenstadträtin, dem Frauenreferat und der Gleichstellungsbeauftragten kommt ihr die Funktion eines Sprachrohrs gebündelter Fraueninteressen gegenüber dieser Stadt und einer Botschafterin der Frauen über die Grazer Grenzen hinaus zu. Der Frauenrat, ein Netzwerk von Frauen und Frauenorganisationen über ideologischen Grenzen hinweg, ist ohne eine aktive und entsprechend ausgestattete Frauenbeauftragte wenig schlagkräftig und ist aber auch ein spezielles Grazer Unikum, das sich sehr wohl schon oft bewährt hat und das zeigt, dass Frauen über Grenzen hinweg gut zusammenarbeiten können. Diese Funktion der Frauenbeauftragten kann nur in unabhängiger Form und weisungsfrei, aber mit einem deutlichen öffentlichen Mandat zu erfüllen sein. Nun, wir haben die Zeit der Aufgabenkritik, die nächste Runde steht ins Haus, stehen Befürchtungen im Raum, dass im Zuge der Aufgabenkritik diese Einrichtung in Frage gestellt wird, und das veranlasst mich jetzt an dich folgende

### **F r a g e**

zu stellen, liebe Tatjana:

Kannst du sicherstellen, dass die Stelle einer Frauenbeauftragten als unabhängige und eigenständige Interessensvertretung für Frauen, als politisches Korrektiv für die Stadtpolitik und als Netzwerkdrehscheibe im Sinne einer offensiven Frauenpolitik im Interesse der Grazerinnen und auch der Stadt auch im Zuge der weiteren Aufgabenkürzungen nicht zur Diskussion gestellt wird?

StR. **Kaltenbeck-Michl**: Werte Frau Gemeinderätin, liebe Lisa! Was deine Analyse der Rahmenbedingungen für Frauenpolitik und für das Leben von Frauen in dieser Gesellschaft anbelangt, so weißt du ja, dass ich das Punkt für Punkt nur unterschreiben kann. Ich danke dir auch für die Anerkennung, die du mir mehr oder weniger zwischen den Zeilen für meine Bemühungen in diesem Bereich auch ausgesprochen hast. Ich möchte mich in erster Linie daher auf deine konkrete Fragestellung beziehen, die da gelautet hat, ob ich sicherstellen kann, dass die Stelle der Frauenbeauftragten auch im Zuge der Aufgabenkritik nicht zur Diskussion gestellt wird. Also ich denke, du weißt so gut wie ich, dass genau das nicht sicherzustellen ist. Jedenfalls nicht mit der Formulierung, die du gewählt hast, denn niemand kann in der Politik sicherstellen, dass etwas nicht zur Diskussion gestellt wird. Grundsätzlich ist alles Gegenstand des politischen Diskurses und steht immer wieder auf dem Prüfstein. Wir haben ja darüber hinaus eigentlich unsere Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben vor zwei Jahren, schon im Zusammenhang mit den ersten Konsolidierungsüberlegungen noch nicht durchgeführt, die da nämlich gelautet hat, schauen wir uns überhaupt einmal an, welche Sinnhaftigkeit, welche Notwendigkeit es für welche Beauftragten in der Stadt gibt. In dem Zusammenhang wäre natürlich auch einer solchen Prüfung die Frauenbeauftragte unterzogen gewesen. Dass für mich persönlich die Frauenbeauftragte unverzichtbar ist als wichtige Koordination zur Vernetzungsstelle, das brauche ich, glaube ich, nicht zu betonen. Nicht nur um die Frage nach der Bedeutung der Frauenbeauftragten, es geht ja darüber hinaus grundsätzlich um die Frage nach der Bedeutung von Frauenpolitik und zwar von feministischer Frauenpolitik, und letztendlich berührt diese Frage eigentlich die nach der Qualität unseres Konsolidierungsprozesses. Und ich möchte daher die Gelegenheit deiner Fragestellung auch ergreifen, welche in engem Zusammenhang mit der Frage nach der Frauenbeauftragten und Frauenpolitik mit dem Ziel einer gerechten Gesellschaft steht, grundsätzlich was zum Konsolidierungsprozess zu sagen. Die zentrale Frage, das ist uns allen klar, lautet: Wenn wir uns nicht mehr alles leisten können, was wollen wir uns dann leisten und was werden wir uns da leisten? Denn dass wir uns nicht mehr alles leisten können, was bisher möglich war, das ist uns allen leider schmerzlich bewusst geworden und ich denke, es wird daher dringend notwendig sein, diesem Konsolidierungsprozess eine ganz besondere, möchte fast sagen, neue politische Qualität zu geben, denn darin sind wir uns, glaube ich, auch einig hier herinnen, zumindest weitgehend, lineares Sparen ist

weder intelligent, noch ist es gerecht und wir wissen auch spätestens seit den Zeiten von KHG, seinen guten und dann weniger guten Zeiten, dass Sparen allein, egal ob als vorgeschobene Notwendigkeit oder tatsächlich notwendig, noch lange keine politische Qualität ist, und weil Politiker eben andere Aufgaben haben als die Aufgaben die Konzernmanager in unsere Gesellschaft haben. Und daher glaube ich, dass wir gerade in dieser so schwierigen Situation, vor der wir alle stehen, Politik auf der einen Seite, Verwaltung auf der anderen Seite oder gemeinsam, nicht wörtlich zu nehmen, eine Seite und andere Seite, also zum einen die Politik, zum anderen die Verwaltung in unserer Verantwortung für die Bürger und Bürgerinnen. Was wir da dringend brauchen, ist eine gemeinsame Zieldiskussion und eine gemeinsame Definition, die auf verschiedenen vielfachen Fragestellungen beruht. Letztendlich geht es aber immer um die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Es geht zum Beispiel um die Frage wohin soll sich denn Graz entwickeln in den nächsten Jahren? Wie stellen wir uns die Stadt vor in fünf, zehn oder 20 Jahren? Wie glauben wir, dass die Menschen in dieser Stadt leben sollen? Und das hat natürlich auch zu tun mit unserem Menschenbild, mit unserem Gesellschaftsentwurf, mit unserem Gesellschaftsbild. Wir sollten die Frage diskutieren, wie viel Lebensqualität, wie viel Würde, wie viel Teilhabe an Gesellschaft, wie viel Wohlstand gestehen wir den Menschen in dieser Stadt zu. Wir sollten die Frage diskutieren, wollen wir, müssen wir und werden wir gefährlichen gesellschaftlichen Tendenzen auf der kommunalen Ebene entgegensteuern, so schwierig das ist, etwa, wir kennen sie alle, die Herausforderungen, die wachsende Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Ausgrenzung, Privatisierung und, und, und. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir Chancen für alle sichern. Also Bildungseinrichtungen müssen meiner Meinung nach einen hohen Stellenwert haben. Die Frage, wo orten wir Grundbedürfnisse und vor allem die Frage, überlassen wir die Grundbedürfnisse von Menschen dem freien Markt, das ist der derzeitige Mainstream, das ist die derzeitige neoliberale Tendenz, oder wirken wir dieser Tendenz auf der kommunalen Ebene entgegen, indem wir sagen, dort wo wir Verantwortung spüren und wahrnehmen, belassen sie wir auch in der Hand der Politik und der Öffentlichkeit. Also eigentlich geht es darum, dass wir gerade jetzt, wo die finanzielle Situation so schwierig ist, eine intensive Grundwertediskussion führen müssen. Ich bin daher auch sehr froh, dass der Herr Bürgermeister meinem Vorschlag gefolgt ist, dass wir uns einem solchen Dialog, einem solchen Diskussionsprozess unterziehen, dass wir diesen führen. Ich denke, die ersten

Vorbereitungen sind im Gang, schwierig genug wird es werden, weil wir brauchen dafür sehr viel Zeit, wir brauchen, glaube ich, eine ganz besondere Streit- und Diskussionskultur, mit der wir uns ja als Politiker und Politikerinnen nicht immer gerade auszeichnen, da werden mir, glaube ich, auch alle Recht geben, um es selbstkritisch zu formulieren und es wird auch schwierig sein, uns da und dort von dem, was uns mit unseren Ressorts, oder um es vielleicht nicht ganz so neutral zu formulieren, mit verschachteltem Ressortdenken, verbindet, zu befreien. Aber Faktum ist, ich bin ganz fest der Meinung, wenn diese Situation überhaupt etwas Positives hat, diese schwierige Situation, dann vielleicht die, dass wir die längst überfällige Diskussion führen, das ist so eine Vision von mir, dass es uns gelingt, Zielsetzungen gemeinsam zu formulieren und als Sozialstadträtin habe ich natürlich noch eine persönliche Vision und die lautet: Die Stadt Graz wird die Sozialhauptstadt Europas.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Klass.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich kann alle Verbündeten auf dem Weg zur Vision brauchen und in dieser Vision hat natürlich die Frauenbeauftragte, hat natürlich Feminismus, hat natürlich die gerechte Verteilung von Lebenschancen und Chancen zwischen Frauen und Männern hohe Priorität und einen ganz hohen Stellenwert; dass ich mich für die Frauenbeauftragte stark machen werde, das brauche ich, glaube ich, nicht extra zu betonen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Eine kurze Zusatzfrage, weil ich denke mir, es war ja auch unser ganz starkes Bestreben schon im letzten Jahr, als die Aufgabenkritik begonnen wurde, diese Frage nach der Vision, nach der Zielsetzung in einem breiteren Diskurs zu führen, bevor man an das konkrete Sparen und Kürzen geht. Deswegen bin ich ja sehr froh, wenn das heuer womöglich stattfinden wird. Für mich stellt sich die Frage,

nachdem ja der Prozess sehr, würde ich mal sagen, sehr stark von den repräsentierenden Männern geprägt war im letzten Jahr, wohin deine Bemühungen gehen werden, um stärker zu ermöglichen, dass Fraueninteressen und auch Frauen in einer partizipativen Form in diesen Diskussionsprozess über die Werte dieser Stadt eingebunden werden, denn schließlich geht es um mehr als die Hälfte der Frauen und um eine Frage, die für alle relevant ist. Also gibt es dazu Überlegungen und wie kannst du dir das vorstellen?

**StRin. Kaltenbeck-Michl:** Ich denke zunächst, dass der Frauenrat da eine wesentliche Rolle spielen wird und diese Rolle auch wahrnehmen wird, vielleicht sogar noch stärker, als das im vorigen Jahr war. Ich habe auch vor, mich in der Vorbereitung meiner Überlegungen und meiner Zielsetzungen im Zusammenhang mit dem Konsolidierungsprozess mit den Fraueninitiativen zusammenzusetzen, mit ihnen gemeinsam Überlegungen anzustellen, so wie wir das das letzte Mal auch gemacht haben. Ich möchte nur eines zumindest teilweise richtig stellen. Es stimmt schon, dass natürlich bei diesen Strategieüberlegungen sich nicht nur die Männer mehrheitlich durchgesetzt haben, sondern in vielen Bereichen auch auf anderer Ebene. Aber mein Gewicht war schon immerhin so groß, dass ich verhindern konnte, dass Schlimmes passiert im Bereich der Frauenpolitik und Dramatisches passiert im Bereich der Sozialpolitik. Ich gehe davon aus, dass es auch diesmal so sein wird. Ich habe dem Herrn Bürgermeister heute ja gesagt, weil wir haben da so geplänkelt miteinander, und dann hat er gemeint, Sie tun eh immer das, was ich will, habe ich gesagt, ihr sagt immer, dass ich Recht habe, wenn ich von Frauenpolitik rede, aber der Weg vom Kopf zum Bauch ist halt manchmal recht schwierig, vor allem wenn es um feministische Anliegen geht. Ich brauche natürlich alle Fraueninitiativen als Verbündete auf meiner Seite, mit dieser Kooperation rechne ich und ich wünsche mir, dass die Frauen an meiner Seite die Stimme auch sehr laut erheben und das werden sie auch tun (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.***

### 3) Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin, werter Gemeinderat! Meine Frage betrifft die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten. Der Inhalt dieser Frage müsste Ihnen jetzt schon hinlänglich bekannt sein, da ich jetzt schon einige Male zu diesem Thema hier gesprochen habe.

*Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.*

GR. **Hohensinner**: Ja, Sie können dann ja eh gerne antworten. Kurz und hoffentlich positiv (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat, bitte.

*Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Bei euch kriegt man leicht einen Applaus.*

GR. **Hohensinner**: Aber das ist ein innerpolitische Problem. Sie haben nachher das Mikrofon zur Verfügung und da geht es leicht. Aber zuerst der Inhalt, bitte Frau Stadträtin, das ist wichtig. Da die meisten Schulheime, vor allem private, in den

Ferien zusperrern, sind Eltern, die ihre Kinder in Einrichtungen untergebracht haben, in der Begleitung völlig auf sich gestellt.

Das private Schulheim „Mosaik“ hat, nach einer Unterschriftenaktion von besorgten Eltern, ein geeignetes Konzept für die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten eingebracht.

In der Kronen-Zeitung konnte ich vor einigen Wochen lesen, dass Soziallandesrat Kurt Flecker und Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck–Michl nach Ostern über eine Finanzierung beziehungsweise über die Umsetzung einer Sommerbetreuung von behinderten Kindern und Jugendlichen entscheiden werden.

Weil nur mehr ganz wenig Zeit bleibt, dieses Konzept umzusetzen und viele Eltern sehr, sehr verunsichert sind, bitte ein bisschen mehr Ernst bei dieser Sache,...

*Zwischenrufe unverständlich.*

GR. **Hohensinner**: Ja es ist nichts zum Lachen, der Sommer steht vor der Tür.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

**F r a g e ,**

ob du gemeinsam mit Soziallandesrat Flecker eine Möglichkeit gefunden hast, die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten sicherzustellen?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Also, Herr Gemeinderat, ich möchte Ihnen schon bei aller Wertschätzung sagen, dass ich auf Ihre Ermahnungen hier in diesem Saal gut

verzichten kann, bitte ersparen Sie sich das in Zukunft. Du fragst zum dritten Mal innerhalb eines Jahres...

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Zum vierten Mal.***

***Zwischenruf GRin. Gesek: Ja und immer noch keine Antwort.***

StRin. **Kaltenbeck-Michi.** Zum vierten Mal sogar schon? Aha. Du fragst zum dritten Mal innerhalb eines Jahres und zum zweiten Mal in diesem Jahr, eigentlich haben wir ja alle Unterlagen durchgeschaut, vielleicht war es ein viertes Mal bei einer anderen Gelegenheit, ob ich das Konzept des privaten Trägers Mosaik bereit bin, beim Land zu unterstützen und sicherstellen. Zum wiederholten Male, langsam gehe ich, glaube ich, manchen auf die Nerven damit, kann ich nach Rücksprache bei meinem Kollegen in der Landesregierung, Dr. Kurt Flecker, dir Folgendes sagen: Mosaik hat dieses Konzept eingereicht zu Betreuung von Kindern in der Ferienzeit, die Fachabteilung hat das Konzept eingehend geprüft und hat in ihrer juristischen Fachmeinung im Zusammenhang mit dem Behindertengesetz festgestellt, dass die Angebote in dieser Ferienbetreuung nicht unter das Behindertengesetz fallen, das weißt du inzwischen auch schon und hast du es nämlich auch anders gesehen in der letzten Beantwortung und dass daher eine Finanzierung im Rahmen der Levo nicht möglich ist. Was allerdings möglich ist, und das wird auch ins Auge gefasst, ist eine Subvention von Seiten des Landes. Landesrat Flecker ist gerne bereit, dieses Konzept durch eine Subvention zu unterstützen. Er ist im guten Gespräch mit dem Verein und zwar im ständigen Gespräch mit dem Verein, es wurde mit dem Verein noch vor Ostern vereinbart, dass die Verantwortlichen von Mosaik ein Finanzkonzept vorlegen. Wenn eine klare Kostenkalkulation vorliegt, dann wird entschieden werden, wie und in welcher Höhe das Konzept gefördert wird. Die Entscheidung darüber liegt, wie du ja weißt, beim Landesrat Flecker. Die Kostenschätzung liegt jetzt seit wenigen Tagen vor und es wird dazu eine Entscheidung geben. Wenn alles gut geht, wird die

Betreuung noch vor Schulbeginn beginnen. Der Verein steht also im guten Kontakt, im guten Dialog mit dem Land, mit dem Landesrat Flecker. Ich bin der Meinung, dass die beiden keine Mediation brauchen, weder von deiner Seite, noch von meiner Seite, aber ich verstehe schon, ich meine, wenn man einmal ein Thema gefunden hat, dann lasst man es nicht gerne los, aber vielleicht können wir einmal gemeinsam über ein neues Thema für dich nachdenken...

**Zwischenruf GRin. Gesek: Also das ist unerhört.**

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...damit ich nicht immer die gleiche Antwort geben muss (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Frau Stadträtin! Faktum ist, dass Sie letztes Jahr von den besorgten Eltern, 30 Unterschriften bekommen haben, Sie haben die bekommen. Faktum ist, dass der Bedarf da ist, das ist uns beiden klar. Faktum ist, dass im Jahr 04 keine Sommerbetreuung zustande gekommen ist. Faktum ist, dass der Sommer vor der Tür steht und Faktum ist, dass du Jugend-, Familien- und Sozialstadträtin bist und Gott sei Dank ist das jetzt auf Schiene, da möchte ich mich bei den Eltern, die sich so stark dafür eingesetzt haben, bedanken und ich hoffe, dass du dieses Konzept auch, weil du es ja auch fachlich kennst, weiter unterstützen wirst, das wir im Sommer eine Sommerbetreuung sichern können (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Gemeinderat, jetzt muss ich schon sagen, die Logik ist wirklich umwerfend. Du sagst, weil die Eltern mir die Unterschriften zukommen haben lassen, bin ich dafür verantwortlich. Du bist dafür verantwortlich, dass du die Eltern zu mir geschickt hast, du hast sie ja an die falsche Stelle geschickt, deshalb

kannst du ja jetzt nicht hergehen und sagen, ich habe die Unterschriften, schicke sie in Zukunft an die richtige Stelle (*Applaus SPÖ*). Kann man dem Herrn Gemeinderat Hohensinner vielleicht im Klub eine Nachhilfestunde zukommen lassen, wie Kompetenzen verteilt sind und wer für was zuständig ist? Es ist das Land zuständig und damit Punktum. Macht einmal eine Klausur zu dem Thema mit ihm, ist ja nicht zum Aushalten (*Applaus SPÖ*).

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Ist ja unerhört.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.*

#### **4) Wiedererrichtung der Busspur in der Kärntner Straße im Bereich Don Bosco**

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs trägt in hohem Maße zu dessen Attraktivität bei. Wenn man mit dem öffentlichen Verkehrsmittel schneller ans Ziel kommt als mit dem Pkw, so ist ein Umstieg auf Bus und/oder Straßenbahn naheliegend. Wir sind schon bei der nächsten Frage, auch wenn es einige noch nicht bemerkt haben. Offenbar ist die Nachhilfestunde schon im Gange. Gerade die die gesetzlichen Grenzwerte regelmäßig überschreitende Feinstaub-Belastung der Grazer Luft, nachzulesen etwa in der neuesten Ausgabe des Spiegel, Titelgeschichte, oder von News, wo im Übrigen auch die Verkehrs- und Umweltpolitik der Stadt Graz positiv erwähnt wird, macht Maßnahmen in diesem Bereich, ja generell Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs zur unabdingbaren Notwendigkeit. Sie genießen in dem von

Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossenen Feinstaub-Maßnahmenpaket daher auch höchste Priorität.

Zweifelsohne sind Busspuren besonders geeignet, den öffentlichen Verkehr zu beschleunigen und seine Attraktivität im Vergleich zum Pkw zu erhöhen.

Umso bedauerlicher ist es, dass die für die ÖV-Erschließung des Grazer Südwestens höchst notwendige Busspur in der Kärntnerstraße - wohl im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen beim Nahverkehrsknoten Don Bosco kürzlich beschnitten wurde.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich stelle daher an Sie die

### **F r a g e :**

Wann kann mit der Wiedererrichtung der Busspur in der Kärntnerstraße im Bereich Don Bosco gerechnet werden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, ich habe die Regelungen, die dort getroffen wurden, auch die Änderung selbstverständlich, verfolgt, genau verfolgt und bin dann auch im direkten Kontakt mit den Grazer Verkehrsbetrieben gewesen und auch mit der Kommission, die für die Straßenregelungen während der Baustelle verantwortlich sind (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Aus heutiger Sicht scheint etwas leider jedenfalls klar, dass die definitive Wiedererrichtung der Busspur nicht vor Ende der Baustelle zugesagt werden kann, das ist im Jahr 2007. Das Problem war, dass die Busspur auf einen sehr, sehr kurzen Abstand mit der zweiten Spur zusammengeführt werden musste und wahrscheinlich durchaus auch ein bisschen durch die Ungeschicklichkeit der Autofahrer diese kurze Spur nicht ausgenützt wurde und deshalb diese Verflechtungsvorgänge im Kreuzungsbereich festzustellen waren und daraufhin sah sich dann das Straßenamt, die Behörde, genötigt, die Busspur wegzunehmen, obwohl sie sehr sorgfältig, wie Sie auch gesagt haben, sehr sorgfältig mit allen Beteiligten geplant war. Was die derzeitige Situation betrifft, hat sich das eben herausgestellt, dass vor allem in der

Peter-Rosegger-Straße und Kärntner Straße sich sehr, sehr starke Rückstaus gebildet haben, sind letztlich zwei Gründe dafür verantwortlich gewesen, und zwar in der Peter-Rosegger-Straße musste eine der beiden Linksabbiegespuren stadteinwärts auf Grund der Busspur gesperrt werden. Und das Zweite war, wie gesagt, diese Verflechtung auf relativ kurzem Raum. Wir sind so verblieben, dass die Aufsichtsbehörde dies sehr genau beobachten wird weiterhin gemeinsam mit den Grazer Verkehrsbetrieben und sollte sich die Situation insofern verbessert haben, dass diese Verflechtungsvorgänge einfach effizienter und effektiver abgewickelt werden, dann werden wir es wieder versuchen. Der Hinweis ist allerdings kein Versprechen, sondern definitiv jedenfalls mit Ende der Baustelle, wenn es geht, so bald es geht, werden wir es früher machen.

Dr. **Getzinger**: Danke, Herr Stadtrat, das wäre natürlich sehr bedauerlich, wenn sie erst so spät erfolgen würde, diese Wiedererrichtung. Ich hoffe hier, dass doch alle Möglichkeiten geprüft werden, dass es zu einer früheren Wiedereinführung dieser Busspur kommt, denn Sie wissen, welche zentrale Bedeutung auch dieser Abschnitt der Busspur natürlich für den öffentlichen Verkehr in Graz hat. Meine Nachfrage schließt an meine Frage, aber reicht ein bisschen darüber hinaus. Ich glaube, wir sind einer Meinung, der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs kommt natürlich wirklich hohe Priorität in unserer Stadt zu, nicht nur aus verkehrspolitischen, sondern auch aus umweltpolitischen, feinstaubpolitischen Gründen, aus dem Grund möchte ich Sie ersuchen oder fragen, ob es Ihnen möglich erscheint, noch im Rahmen dieses Jahres, vielleicht 2005, ein Konzept vorzulegen hinsichtlich des mittelfristigen, sprich fünf Jahre etwa, mittelfristigen Ausbaus von Busspuren beziehungsweise generell von Beschleunigungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr. Die aktuellen Diskussionen um den öffentlichen Verkehr bis hinreichend zur City Maut oder Verkehrssperren bedingen geradezu ein intensiveres Vorantreiben dieser Projekte, die den öffentlichen Verkehr dann auch verbunden mit dem Grazer Umland attraktivieren und damit auch beschleunigen. Mein Ersuchen also an Sie wäre, die Vorlage eines Konzeptes auszuarbeiten, von der Verkehrsplanung vielleicht mit dem Straßenamt gemeinsam, das darstellt, welche mittelfristigen Pläne sie, die

Verkehrsplanung, im Bereich Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs hat (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Rüsch**: Der gewünschte Inhalt des Konzeptes war ein bisschen umfangreich. Vorliegen tun selbstverständlich die geplanten Projekte für heuer und für das nächste Jahr, das ist schwerpunktmäßig die Radetzkystraße und dann die Weiterführung bis zum Griesplatz sowie die St.-Peter-Hauptstraße. Ich werde die Verkehrsabteilung ersuchen, das für eine der nächsten Ausschusssitzungen auch mit einer mittelfristigen Perspektive zu versehen und dann vorlegen.

## 5) Mehrkosten in Gabis Privatkindergarten

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Frau Stadträtin Kaltenbeck! Vor kurzem habe ich die Information erhalten, dass in Gabis Privatkindergarten in der Körösisstraße 3 für die Eltern der Kinder erhebliche Mehrkosten anfallen, und zwar für Bereiche, die eigentlich Bestandteil des Bildungsangebots im Kindergarten sein müssen. So zahlt man für Bewegungs- und Musikerziehung pro Bereich und Semester 100 Euro extra. Das gilt auch für das Fremdsprachenangebot Englisch.

Ich halte das für einen Missstand, der so schnell wie möglich behoben werden muss. Es dürfen Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen von den Bereichen Bewegungs- und Musikerziehung nicht ausgegrenzt werden, da ihre Eltern eben nicht in der Lage sind, diese Mehrkosten zu tragen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

### **Frage:**

Sind Sie bereit, dazu beizutragen, dass der Missstand, nämlich Mehrkosten für die Bereiche Englisch, Bewegungs- und Musikerziehung in Gabis Privatkindergarten in der Körösistraße 3 einzuheben, beseitigt wird? (*Applaus KPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich könnte es ganz kurz beantworten, erstens gebe ich Ihnen in allen Punkten Ihrer Kritik Recht und zweitens bin ich selbstverständlich bereit, daran mitzuarbeiten, dass diese Probleme abgeschafft werden. Richtig ist natürlich, dass es sich um einen Privatkindergarten handelt, er ist nicht einmal im Tarifsystem, sondern außerhalb des Tarifsystems, das heißt, wir fördern den Kindergarten mit einer Gruppenförderung von 6.540,- Euro pro Gruppe und Jahr und 436,- Euro pro ganztags betreutem Kind. Im Unterschied zu den Kinderbetreuungseinrichtungen, die im Tarifsystem sind, haben wir daher auch keine Qualitätsvorgaben und keine Vereinbarungen in diesem Bereich. Faktum ist, Zusatzangebote, wie Sie sie beschreiben und wie sie eben vorhanden sind, unterliegen in den privaten Einrichtungen der Kontrolle der Aufsichtsbehörden, also der zuständigen Abteilung 6b des Landes. Die Kinderbetreuungseinrichtungen müssen solche Zusatzangebote, wenn sie von betriebsfremden Personen durchgeführt werden, auch dieser Fachabteilung melden. Ich habe nachgefragt beziehungsweise nachfragen lassen bei der zuständigen Referentin des Landes, diese Meldung ist nicht erfolgt, die Fachabteilung wird sich sofort um diesen Sachverhalt kümmern. Generell gilt auch für die Zulassung solcher Angebote, wie du sie auch gesagt hast, dass sie integrativ und für alle zugänglich sein sollten. Es wird darauf geachtet, dass möglichst wenig Zusatzkosten für die Eltern erfolgen, dass es keine Ausgrenzung gibt und auch keine elitären Angebote entstehen. Außerdem müssen sich diese Angebote gut in den Tagesablauf eingliedern, denn Kindergärten sind ja Bildungseinrichtungen und es darf nicht dazu führen, dass Kinder gruppenweise aus dem Alltag der Betreuungseinrichtung und aus dem Tagesablauf herausgerissen werden. Ich bedanke mich also daher für diese Anfrage, das Problem ist an mich noch nicht herangetragen worden und ich denke, es wird gehandelt werden und einer Lösung zugeführt werden (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Taberhofer**: Ich bedanke mich.

## 6) Lessingstraße

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Es ist nicht lange her, da wurde eine wirklich interessante und durchaus intelligente Neuregelung für das Einbahnsystem im Herz-Jesu-Viertel eingeführt und man braucht nicht verschweigen, AnrainerInnen waren am Anfang durchaus skeptisch, weil das Konzept zu schauen, dass man aus diesem doch so gut wie reinen Wohnbezirk den Durchzugsverkehr herausbringt und nur mehr den Zufahrtsverkehr zu den Wohnungen ermöglicht, was zur Folge hat, dass natürlich der eine oder andere einen etwas weiteren Weg in seine Wohnung hat, dafür aber in den Abendstunden beziehungsweise deutlich mehr Lebensqualität vor seiner oder ihrer Haustüre hat. Wie gesagt, das hat funktioniert, es hat dann plötzlich sehr große Zustimmung gegeben und die AnrainerInnen der Lessingstraße haben sich sogar, etwas, was selten ist, durchringen können, ein Dankschreiben zu formulieren, wo sie gesagt haben, wir hätten es nicht gedacht, aber endlich können wir wieder bei offenem Fenster fernsehen und verstehen uns gegenseitig beim Essen, wenn wir in Zimmerlautstärke miteinander reden und entsprechend groß war die Überraschung, als dann plötzlich vor wenigen Wochen, es war genau der Donnerstag der letzten Gemeinderatssitzung, quasi über Nacht die Einbahnregelung in der Lessingstraße wieder umgedreht wurde. Und es gibt einiges an Mutmaßungen, warum denn das so gewesen wäre, es gab auch ein, ich glaube, nicht besonders befriedigendes Gespräch zwischen den AnrainerInnen und irgend einem Büro. Zumindest wurde mir das so berichtet und ich würde dich bitten, ob du mir die Gründe für die neuerliche Änderung der Einbahnführung in der Lessingstraße hier öffentlich nennen kannst.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Herr Gemeinderat! Primäre Ziele des Einbahnsystems im Herz-Jesu-Viertel, wie von dir genannt, war die Reduktion des Gebietsfremdverkehrs in diesem Wohngebiet, und das ist sehr wichtig festzuhalten. Auch durch die Errichtung von Einbahnlösungen, die das Parken auf beiden Seiten der Straße legalisiert. Fast alle Straßenzüge sind dort so schmal, dass es nicht legal ist, auf beiden Seiten zu parken, sodass die Polizei jedes Mal, wenn sie dort hineingegangen ist, eine Reihe von Strafzetteln ausgeteilt hat, und durch das Einbahnsystem und damit durch die Reduzierung der Fahrstreifen von zwei auf einen ist es eben gelungen und hat es bewirkt, dass dieses Parken legalisiert worden ist. Das war ein zweites wichtiges Ziel. Es wurde eben erreicht, dass das Durchfahren mittels Einbahn gemacht wurde, Nebeneffekte waren natürlich auch, dass es für die Anrainerinnen und Anrainer sehr, sehr viele Umwegfahrten gegeben hat. Nach Umsetzung des Einbahnkonzeptes ist dann von Anrainern im Herz-Jesu-Viertel die Einbahn in der Lessingstraße Richtung Norden zwischen Alberstraße und Naglergasse bemängelt worden und zwar, weil es gerade durch diese beiden kurzen Einbahnstücke in die jeweilige Richtung, so wie sie war, zu sehr starken Umwegfahrten gekommen ist. Selbstverständlich, muss gar nicht lange gemunkelt oder vermutet werden, war einer der vehementesten Gegner von diesen Einbahnstraßenstücken der Lessingstraße das Parkhotel, weil damit die Gäste einen sehr, sehr großen Umweg machen mussten. Wir haben dann, ich muss das ein bisschen ausführen, weil das, glaube ich, sehr wichtig ist, wir haben dann gemeinsam mit dem Bezirk und mit dem Verkehrsplanungsamt nach einer Lösung gesucht, das hat sehr, sehr viele Monate gedauert, das ist auch nicht überfallsartig eingeführt worden, sondern es hat sehr, sehr viele Gespräche gegeben und das Ergebnis war und zwar auf Vorschlag vom Verkehrsplanungsamt mit Zustimmung vom Bezirk selbstverständlich und unter dem Wunsch hier eine Lösung zu finden, dass dieses Stück in der Lessingstraße wieder umgedreht werden kann, kombiniert mit einem Linksabbiegeverbot in der St. Leonhardstraße. Die beiden anderen Maßnahmen in der Naglergasse waren an und für sich unbestritten, sind gefordert worden und es wurde auch miteingebaut. Wir haben insgesamt drei bis vier Monate lang diskutiert. Ich habe dann in einem Schreiben an die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebietes diese Lösung dargestellt und auch begründet. Es ist auch verschickt worden, es ist auch verteilt worden und dann sind diese Maßnahmen umgesetzt worden. Also es ist nicht so von heute Nacht auf morgen gegangen,

sondern es war sehr lange überlegt. Dass damit selbstverständlich wiederum einige Nachteile für die Anwohnerinnen und Anwohner der Lessinstraße gekommen sind, ist mir auch klar. Es ist eben so im Verkehrsplanungsbereich, es gibt keine Maßnahme, mit der nur Vorteile bewirkt worden sind und, du hast es ja schon ausgeführt, dass gerade in den ersten Tagen und durchaus auch Wochen nach der Einführung dieses Einbahnsystems es zum Teil sehr, sehr massive Kritik gegeben hat aus dem Viertel, dann allerdings, ich habe mich ebenfalls, so wie du, über sehr, sehr viele zustimmenden E-Mails gefreut und ich glaube, dass die gesamte Sache jedenfalls trotzdem gut gelungen ist. Ich habe dann in dem Gespräch, das du schon angedeutet hast, mit den Anrainerinnen und Anrainern von der Lessingstraße vereinbart, dass wir jetzt einmal das insgesamt über eine längere Zeit beobachten. Selbstverständlich stehe ich gerne zur Verfügung, das ist auch schon begonnen worden, dass wir hier wieder nach neuen Lösungen suchen. Aber was ich sicherlich nicht mache, was, glaube ich, auch nicht zweckmäßig ist, das ist, solche Maßnahmen einfach nach ein oder zwei Tagen oder Wochen wieder zurückzunehmen, sondern wir werden das jetzt beobachten, wir wissen auch aus Erfahrung, dass sich die Autofahrerinnen und Autofahrer an das Linksabbiegeverbot gewöhnen müssen, das wird kommen, es ist in anderen Fällen auch gegangen und wir werden dann nach einer entsprechenden Zeit nochmals eine Bewertung durchführen und dann allenfalls über Änderungen sprechen (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Candussi**: Ich muss jetzt mehrfach nachfragen. Das eine ist, du hast gerade gesagt, was du nicht machen wirst, ist das, was man nicht tut, nämlich diese Maßnahme nach kurzer Zeit wieder rückgängig zu machen. Du hast es aber getan und das ist das, weshalb ich da stehe. Weil du eben eine neu eingeführte Maßnahme, was man eben normalerweise nicht tun sollte, nach ein paar Tagen, nach drei Wochen, fünf Wochen waren es, glaube ich, wieder rückgängig gemacht hast, lieber Gerhard, und genau das ist der Punkt. Die Leonhardstraße heißt nicht St.-Leonhardstraße, da war, glaube ich, ein anderer Heiliger im Spiel, nämlich der heilige Florian. Ich habe immer gedacht, nach dem heiligen Florian ist ein Prinzip benannt, offensichtlich ist es aber ein Hotelier, der dieses Prinzip begründet hat und dieses Florianiprinzip heißt offenbar, wenn ein Wirtschaftstreibender hustet, dann

werden neu eingeführte sinnvolle Verkehrsmaßnahmen blitzartig wieder „rüschgängig“ gemacht. Wir haben das ja nicht das erste Mal, bei den blauen Zonen erleben wir ja gerade das Gleiche und ich denke mir, es wurde dem Herrn ja eine Beschilderung angeboten, die rund um den Häuserblock führt und das ist ja nichts Unübliches. Wer irgendwo in anderen Städten unterwegs ist, der weiß, dass es oft so ist, dass man zu einem Hotel halt dreimal ums Eck fahren muss, weil Einbahnsysteme sind ja nicht etwas, was es nur in Graz gibt in Wohngebieten, sondern die gibt es auch woanders auf der Welt. Und an diese Umwege gewöhnt sich jemand oder die empfindet jemand, der einmal in dieser Stadt ist, wenn sie entsprechend beschildert sind, nicht für wirklich störend. Hingegen die Leute, die dort tagein, tagaus leben ihren Nutzen daraus haben. Die AnrainerInnen waren ziemlich erstaunt, wie sie auf deiner Homepage festgestellt haben, dass du der für BürgerInnenbeteiligung zuständige Stadtrat bist, weil das, was da passiert ist, hat mit BürgerInnenbeteiligung nicht viel zu tun gehabt, sondern wahrscheinlich eher mit diesem hotelierbezogenen Florianiprinzip und aus diesem Grund kommt die Zusatzfrage: Bist du bereit, in einer AnrainerInnenversammlung den betroffenen Menschen Rede und Antwort zu stehen und zwar jetzt nicht nur den paar, die bei dir im Büro waren, sondern das sind sicher auch mehr und die jetzige Lösung gegebenenfalls besser rasch als „rüschi“ zu überdenken (*Applaus Grüne*).

Dr. **Rüschi**: Also zum Ersten, ich habe genau das getan und auch das gesagt, was ich vorhin im Zusammenhang mit der Zeit als wichtig empfunden habe. Die Einbahnregelung ist eingeführt worden im Oktober, lieber Herrmann, im Oktober und die Rücknahme dieser beiden Abschnitte erfolgte Anfang Februar, also das ist durchaus ein knappes halbes Jahr Zeit und nicht von heute auf morgen, wie du festgestellt hast. Dass du sagst, dort wurde keine Bürgerbeteiligung durchgeführt, das ist wirklich lachhaft, lieber Herrmann, und zwar deshalb, weil es in diesem Bezirk seit vielen, vielen Jahren laufend Versammlungen, Besprechungen gegeben hat mit dem Bezirk, mit selbstverständlich allen Bewohnerinnen und Bewohnern, die es dort gibt und auch mit der Verkehrsplanungsabteilung. Ich erinnere mich an Diskussionen in der letzten Gemeinderatsperiode, als ich für dieses Problem überhaupt nicht zuständig war, dass hier schon Anträge gekommen sind über die Einbahnlösung in

St. Leonhard. Also es ist wirklich jahrelang mit den Leuten diskutiert worden und es ist, glaube ich, die Verwechslung, auf das möchte ich hinweisen. Bürgerbeteiligung heißt nicht automatisch, dass das, was eine Gruppe von Bürgern tun möchte oder haben möchte, dass das getan wird. Erstens einmal gibt es immer sehr, sehr viele Betroffene in einem Bereich und zum Zweiten gibt es nach wie vor eine politische Verantwortung. Es war nicht so, dass ausschließlich Herr Florian vom Parkhotel es gefordert hat, sondern es haben auch andere gefordert. Wir haben das durchgeführt, wir haben das diskutiert, der Bezirk hat zugestimmt und jetzt ist es einmal so. Selbstverständlich stehe ich, das habe ich vorhin schon gesagt, für weitere Gespräche zur Verfügung, aber es hat keinen Zweck, das jetzt sofort wieder umzusetzen, wir werden das beobachten und je nachdem, wie sich die Ergebnisse zeigen, selbstverständlich auch darüber diskutieren und dann allenfalls wieder Änderungen vornehmen (*Applaus ÖVP*).

## **7) Anmeldung Nachmittagsbetreuung/Information an die Eltern**

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, Herr Bürgermeister! Nachdem im Vormonat, und zwar am 7. und 8. März, in den Volksschulen der Stadt Graz und in den Hauptschulen bis zum 11. März die Schuleinschreibungen waren, ist es natürlich immer wieder notwendig, dass es bestimmte Termine gibt und diese Schuleinschreibungen sind jetzt, abgesehen von einigen Nachmeldungen, wo es Umzüge gibt, bereits abgeschlossen. Viele Eltern suchen ja auch die Schule danach aus, ob es eine Nachmittagsbetreuung an der Schule gibt, weil ja nicht alle auch einen Hortplatz bekommen und wir wissen, dass also diese Nachmittagsbetreuung für viele Eltern notwendig ist. Daher ist es einfach wichtig, auch diese Termine einzuhalten.

Parallel zu den Schuleinschreibungen wurden in den städtischen Schülerhorten auch im Vormonat ebenfalls die Anmeldungen entgegengenommen – und mittlerweile sind

alle Eltern, die Hortkinder haben, bereits davon informiert, ob ihr Kind einen Hortplatz hat oder nicht.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e ,**

inwieweit auch die mit der Nachmittagsbetreuung an Schulen betrauten Vereine den Eltern bereits mitgeteilt haben, ob für ihre Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Die Anmeldung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutert mit der Ordnungsglocke*) für die Nachmittagsbetreuung erfolgt bei der Einschreibung. Wenn Platz vorhanden ist, erhalten die Eltern bei dieser Einschreibung auch bereits die Zusage für die Nachmittagsbetreuung, wenn das Kontingent erschöpft ist, wird das Kind oder der Wunsch auf einer Warteliste vermerkt. Wird ein Platz frei, werden die Eltern davon informiert. Zum jetzigen Zeitpunkt müssten also alle Eltern, die den Wunsch nach einer Nachmittagsbetreuung geäußert haben, wissen, ob diese auch möglich ist. Eine schriftliche Zusage seitens der Vereine ist noch nicht erfolgt, weil auch die Höhe der Elternbeiträge noch nicht bekannt ist und die schriftliche Information auf diesem Wege erfolgt. Sämtliche Informationen, die die Nachmittagsbetreuung betreffen, werden über die Vereine abgewickelt und nicht über das Stadtschulamt. Und die Vereine dürften diese Organisation der Nachmittagsbetreuung offensichtlich weitgehend zur Zufriedenheit der Eltern abwickeln, weil dem Stadtschulamt keine gegenteiligen Meinungen vorliegen und sich bisher auch keine Eltern in dieser Angelegenheit an das Stadtschulamt gewandt haben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer:** Also ich habe gegensätzliche Informationen und ich möchte nur darauf hinweisen, Herr Stadtrat, dass Sie zum Beispiel am 17. 11. in der

Bezirksschulratssitzung auf die konkrete Frage, ob die Nachmittagsbetreuung für alle gesichert ist, ja gesagt haben. Und ich glaube einfach, die Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass diese Zusagen halten und ich weiß von Eltern, dass sie noch keine Information haben, auch keine mündliche Zusage oder Absage und die Eltern hängen daher in der Luft. Ich möchte Sie noch einmal bitten, dass Sie einfach Ihre konkrete Zusage vom 17. 11 auch diesbezüglich einhalten und auch die Schulen dementsprechend informieren (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also ich habe den Wortlaut vom 17. 11. jetzt nicht konkret in Erinnerung, Sie haben ihn mir vorgetragen und selbstverständlich stehen im Rahmen der vom Gemeinderat bewilligten Kontingente diese Nachmittagsbetreuungsplätze zur Verfügung. Sind diese Kontingente aber erschöpft, steht kein Platz zur Verfügung und die kann ich dann auch nicht garantieren, weil der Gemeinderat hat soundsoviel Gruppen mit soundsoviel Kindern mit diesem exakten Budget beschlossen und mehr gibt es nicht und die, die es bewilligt gibt, die werden auch selbstverständlich mit Kindern aufgefüllt, wenn ich das so sagen darf (*Applaus ÖVP*).

### **8) Schotterwerk Fink Graz Puntigam / Gradnerstraße**

GR. **Slamanig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren, sehr verehrter Herr Stadtrat! Die Firma Fink betreibt als Nachbesitzer einer ehemaligen Schottergrube in der Gradnerstraße einen Schotterumschlagplatz mit erheblicher Lärm- und Umweltbelastung, also Staub und Schwerverkehr.

Der Zu- und Abtransport des Abbruchmaterials und auch der Betrieb der Aufbereitungsanlage führen zu einer erheblichen Umweltbelastung.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **Frage :**

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um weitere Belastungen der AnrainerInnen in der Gradnerstraße hintanzuhalten? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, die Frage ist kurz, die Antwort ist nicht so einfach und zwar aus folgenden Gründen, weil ich da als einer von zumindestens zwei, wenn nicht drei zuständigen Stadtsenatsreferenten angesprochen bin. Zunächst einmal gehe ich davon aus, dass die Firma eine aufrechte Betriebsbewilligung und Anlagengenehmigung hat. Wenn das der Fall ist, dann ist es aus Sicht der Straßenverkehrsordnung sehr schwer, es gibt kaum Ansatzpunkte, um hier einen Verkehr auf einer Landesstraße, die zudem jetzt noch angebunden ist an die Triesterstraße, also stadtteilübergeordnete Funktion hat, diesen Verkehr zu verhindern. Ich erinnere mich an die Diskussion um die Betonprallmühle am Neufeldweg und dort wurden sehr, sehr viele Auflagen gemacht bezüglich der Zahl der zulässigen Lkw-Fahrten pro Tag mit lärmarmen Lkw. Derartige Auflagen wurden dort im Zusammenhang mit der betrieblichen Genehmigung vom UVS aus Anlass eines Einspruches gemacht. Ich hätte vorgeschlagen, dass wir vielleicht vom Büro, vorhin schon kurz gesprochen mit meinem Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg, er hat die Zustimmung gegeben, dass wir uns von beiden Stadtratsbüros zusammensetzen mit der Behörde sowie mit dem Straßenamt und, und das ist in diesem Zusammenhang auch wichtig, ich habe es Ihnen auch schon angekündigt, mit den Wirtschaftsbetrieben, die ja für die Reinhaltung der Straße verantwortlich sind. Selbstverständlich auch nur im Rahmen des Möglichen, dass wir uns da an einen Tisch setzen und den Fall einfach durchgehen und überlegen, ob es irgendwelche Ansatzmöglichkeiten gibt. Ich bin völlig Ihrer Meinung, es ist für die Leute, die dort unten wohnen, eine sehr, sehr massive und sehr, sehr starke Belastung und wenn es irgendwelche Möglichkeiten gibt, dann sollten wir diese nutzen, um diese Belastung zu reduzieren.

GR. **Slamanig**: Ich möchte mich für den Vorschlag, der das Problem versucht richtig zu erfassen, beim Stadtrat bedanken und hoffe, dass dieser Versuch zu einer umfassenden Betrachtung und Lösung kommt, also dort wirklich zu einer Lösung führt, weil es kann nicht so sein, dass eine derartig hochwertige Straße so beeinträchtigt wird von Schwerverkehr, als ob es ein Feldweg wäre. Weil soviel Erd- und Aushubmaterial und Beton und Staub an dieser Straße liegen bleibt, dass es einfach so nicht tragbar ist. Ich möchte mich bedanken (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist um, es ist eine Frage offen geblieben, nämlich die der Frau Gemeinderätin Sigi Binder. Ich möchte gleich dazusagen, dass ich zu dieser Anfragebeantwortung de facto kommen werde, weil es noch eine Anfrage an mich gibt. Das heißt, das ist fast ident die Frage, dann werden Sie da auch die Antwort bekommen.